

A 043/2010 (BJD)

Auftrag Fraktion CVP/EVP/glp: Informationsaustausch zwischen Behörden (17.03.2010)

Der Regierungsrat wird beauftragt, im neuen Einführungsgesetz zur Schweizerischen Strafprozessordnung und zur Schweizerischen Jugendstrafprozessordnung eine Regelung vorzulegen, die Strafbehörden wie Polizei, Staatsanwaltschaft, etc. die Möglichkeit gibt, andere Behörden von Bund, Kanton oder Gemeinden über Strafverfahren zu orientieren, wenn diese Behörden auf die Informationen angewiesen sind und das Interesse an der Information gegenüber den Persönlichkeitsrechten der Parteien überwiegt.

Begründung (17.03.2010): schriftlich.

In der in der März-Session beratenen Vorlage wurde der Artikel über den Informationsaustausch ersatzlos gestrichen.

Da aber im Rat unbestritten war, dass es eine entsprechende Regelung braucht, wird hiermit der Regierungsrat beauftragt, möglichst rasch eine griffige, den verschiedenen im Rat geäusserten Bedenken Bedeutung tragende Regelung, vorzulegen. Sie könnte z.B. ähnlich wie die Berner Regelung aussehen oder der etwas enger gewählten Version von Basel-Stadt, die aber auch keine vollständig abschliessende Aufzählung enthält, entsprechen.

Unterschriften: 1. Roland Heim, 2. Konrad Imbach, 3. Markus Flury, Susanne Koch Hauser, Martin Rötheli, Daniel Mackuth, Hans Ruedi Hänggi, Willy Hafner, Sandra Kolly, Peter Brotschi, Andreas Riss, Stefan Müller, René Steiner, Susan von Sury-Thomas, Urs Schläfli, Silvia Meister, Georg Nussbaumer, Markus Knellwolf, Roland Fürst, Barbara Streit-Kofmel, Urs Allemann. (21)